

Schwedter Tagesblatt

Verbindungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Pierraden

Samstag Nr. 42.

Das „Schwedter Tagesblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,50 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,60 M. für den Monat. Für Postbesteller Bestellschein besonders.



Postfachkonto Berlin 391 42.

Anzeigen werden die einseitige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Anhaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 92

Montag, den 20. April 1925

32. Jahrgang

Chronik des Tages.

- Die Vernehmung Barmats durch den Untersuchungsausschuß des Reichstages ist zu einem vorläufigen Ende geführt worden.
- Das neue französische Kabinett wird sich am Dienstag dem Parlament vorstellen.
- Die radikalsozialistische Gruppe der französischen Kammer hat beschlossen, Perriot für den Posten des Kammerpräsidenten vorzuschlagen.
- Bei dem Bombenattentat in Sofia wurden mehr als 150 Personen getötet und über 300 verwundet.

Zur Präsidentenwahl.

Rundgebungen für Hindenburg.
Zahlreiche deutsch-amerikanische Verbände und Gruppen haben an Hindenburg Telegramme und Briefe geschickt, in denen Freude und Genugtuung darüber zum Ausdruck kommt, daß der Feldmarschall die Reichspräsidentenwahl angenommen hat. Auch aus dem besetzten Rheinland, aus Oberschlesien, aus der alten Ostmark, aus Danzig und Nordpommern gehen die Feldmarschall täglich viele Telegramme und Schreiben zu, die seine Kandidatur freudig begrüßen.

Der Berufsverband Deutscher Bankbeamten fördert die Bankbeamtenschaft auf, sich bei der Reichspräsidentenwahl für die Wahl Hindenburgs einzusetzen.

Arbeitnehmer bei Hindenburg.

Nach Vereinbarung mit dem Sekretariat des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und mit dem Reichsblock soll am Donnerstag vor der Wahl eine Abordnung von Arbeitnehmervertretern aller Reichsblockparteien und der vaterländischen Arbeitnehmerverbände des Nationalverbandes deutscher Berufsverbände bei Hindenburg vorsprechen. Dabei sollen die Wünsche und sozialen Bestrebungen der schwarz-weiß-roten Arbeiterbewegung mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg besprochen werden.

Ein Aufruf des Reichsblocks.

Der Reichsblock wendet sich in einem Aufruf gegen das Gerücht, dem Reichsblock seien von einzelnen großkapitalistischen Stellen enorme Beträge für den Wahlkampf zur Verfügung gestellt. Diese Behauptungen seien frei erfunden. Die Kandidatur des Generalfeldmarschalls von Hindenburg werde getragen von der überparteilichen und nationalen Mehrheit des deutschen Volkes. Der Reichsblock wendet sich daher an jeden einzelnen in der Erwartung, daß jeder seine Pflicht tut und nach Kräften die Wahl finanziell unterstützt. Er bittet alle diejenigen, die dazu in der Lage sind, einen angemessenen Betrag auf Postcheckkonto Berlin N.W. 7, Nr. 16 734 (Reichsbürgerrat-Konto, Arbeitsausschuß Reichspräsidentenwahl) zu überweisen.

Mary über die Reichseinheit.

Wahlkundgebung des Volksblocks in Berlin.
Der Präsidialkandidat des Volksblocks, Reichskanzler a. D. Mary, hielt am Freitag im Berliner Sportpalast vor etwa 20 000 Zuhörern eine große Wahlrede, die auf den Gedanken der nationalen Einheit abzielt. Der Redner bezeichnete die Einheit des deutschen Reiches in dem von Bismarck geschaffenen noch beschränkten Rahmen als das wertvollste Erbe, das uns aus der Vorkriegszeit überkommen ist.

„Durch den Krieg hat“, so führte Mary aus, „das Bismarcksche Kleindeutschland an Gebietsumfang noch verloren. Millionen deutsche Brüder wurden aus dem Kreis der nationalen Einigung ausgeschlossen. Der übrige Teil, das uns noch erhalten gebliebenes Deutschland, war in seiner äußeren Einheit stark gefährdet. Wenn wir uns heute die Frage vorlegen, wie es um die äußere Einheit des deutschen Reiches bestellt ist, so darf man wohl mit Recht sagen, daß es gerade der demokratischen Regierungswelt, dem Umfange, daß es Männer des Volkes gewesen sind, die die hochpolitischen Entschlüsse der letzten schweren Jahre zu treffen hatten, zu verdanken gewesen ist, daß uns der Rest der äußeren Reichseinheit erhalten geblieben ist. Größere Gefahren, als sie in den letzten sechs Jahren zu bestehen gehabt hat, werden ihr nach menschlichem Ermessen in absehbarer Zeit wohl nicht mehr drohen. Die deutsche Staatseinheit, von dem deutschen Volke gewollt und durchgeföhrt, hat ihre Feuerprobe bestanden, die politischen Kräfte der Demokratie haben sie gestiftet.“

Mary ging dann noch auf die durch internationale Abmachungen geschaffene Festigung unserer staatlichen Einheit ein. Die deutsche Diplomatie hat die Auf-

gabe, das für die Befriedung Europas und seine weitere wirtschaftliche Entwicklung so außerordentlich bedeutsame

Berständigungswort von London

fortzusetzen. Wir stehen vor Berzichtsberichtigungen, die uns genügt nicht leicht fallen werden. Aber das Wort der deutsch-französischen Verständigung ist ein wertvolles politisches Ziel und sichert uns kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten, die wir nicht unterschätzen sollen. Weil wir um des Friedens willen zum Sicherheitspakt bereit sind, dürfen und müssen wir an die unnatürlichen Grenzverhältnisse im deutschen Osten erinnern. Die nationale Einigung mit Österreich, das Erstreben des seit einem Jahrhundert vom deutschen Volke so sehnsüchtig herbeigewünschten Großdeutschlands ist eine Forderung, die wir gerade heute, wo der Sicherheitspakt zur Debatte steht, wieder erheben müssen. Sie hat in der Weimarer Verfassung bereits einen starken Niederschlag gefunden. Die großdeutsche Frage kann nur gelöst werden in dem Zeichen des schwarz-rot-goldenen Banners. Für Österreich, für uns und für die übrige Welt. Wir schmähren die alte Flagge Schwarz-weiß-rot keineswegs, so sagte Mary am Schluß, aber die neue Reichsflagge bedeutet uns mehr. Sie ist uns das Symbol des geeinigten, freien, kulturbewußten, friedliebenden Großdeutschlands.

Werbearbeit für Mary in Bayern.

Neben dem Reichskanzler Mary, der am 24. April in Nürnberg, und am 25. April in der Rheinpfalz sprechen wird, werden folgende Abgeordneten des Reichstagszentrums in bayerischen Städten sprechen: Abg. Foss in München, Augsburg und Regensburg, Abg. Giesberts in Würzburg, Bamberg, Passau und Reipmten, Abg. Trimmel in Wschaffenburg.

Der frühere Reichskanzler Dr. Birck spricht in Leipzig am Dienstag, 21. April, für die Kandidatur Mary.

Ein Aufruf der Frauen des Volksblocks.

Der Reichsfrauenausschuß der deutschen demokratischen Partei, die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands und die Frauen des Zentrums fordern in einem gemeinsamen Aufruf alle Frauen auf, am 26. April den Volksblockkandidaten Mary zum Reichspräsidenten zu wählen.

150 Tote in Sofia.

Über 300 Verwundete.

Das grauenhafte Bombenattentat bei der Trauerfeier für den ermordeten Abgeordneten und General Georgiew in der Kathedrale von Sofia hat weit mehr Opfer gefordert, als die ersten offiziellen Meldungen vermuten ließen.

Nach den letzten bei der Berliner bulgarischen Gesandtschaft eingetroffenen Nachrichten hat sich die Zahl der aus den Trümmern der eingestürzten Kuppel geborgenen Todesopfer auf 150 erhöht. Über 300 Personen wurden durch Sprengstücke und herabfallende Mauerstücke mehr oder minder schwer verletzt. Unter den Toten befinden sich zahlreiche Frauen, darunter die Gattin des Generals Georgiew, und mehrere Kinder. Ferner sind etwa 25 Abgeordnete der Regierungsparteien und eine große Anzahl von militärischen Persönlichkeiten getötet worden.

Die Leichen sind in einer Seitenkapelle der Kathedrale aufgebahrt worden. Ein Teil von ihnen ist so verstümmelt, daß ihre Identität noch nicht festgestellt werden konnte. In allen Krankenhäusern und Sanatorien liegen zahlreiche Schwerverletzte, von denen bereits einige gestorben sind. Sämtliche Minister haben Verletzungen erlitten.

Neben der Höllemaschine auch Bombenwürfe.

Die genaue Ursache des Attentats steht noch nicht fest. Nach einer Meldung soll eine Höllemaschine das Hauptgewölbe der Kathedrale zum Einsturz gebracht haben. Nach anderen Mitteilungen sollen außerdem noch zwei kommunistische Bomben in die Richtung des Katafalks geworfen haben, der in der Mitte der Kathedrale errichtet war.

Sofia, 19. April. Die Untersuchung des Attentats in der Kathedrale hat ergeben, daß die Bombe von den Attentätern auf dem äußeren Gesimse der Kirche, knapp oberhalb des Thronessels, angebracht worden war. Die Kraft der Explosion war so groß, daß die südliche Kuppel vom Dach gleichsam abtrassert, die mittlere Kuppel stark gelockert, das Hauptportal vollkommen zerstört und der in der Mitte der Kirche aufgestellte Thronessel in tausend Stücke

gesprengt wurde und wie vom Erdboden verschwinden ist. Die Teilnahme des Monarchen an der Leichenfeier wurde erst im letzten Augenblick abgesagt. Der vor dem Thronesseln stehende Generalfeldmarschall Davidow, der den König bei der Trauerfeier vertrat, wurde bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt. Die Choresstraße, auf der sich vornehmlich Kinder und junge Mädchen befanden, wurde in die Tiefe geschleudert. Von den darauf sich befindenden Personen kam keiner mit dem Leben davon.

Ein Österreicher in Sofia verwundet.

Wien, 19. April. Unter den Verletzten befindet sich auch der Wiener Hofrat Halbenfeld, der frühere Landes-Gendarmerie-Direktor und Chef der Wiener Hofbahnhofs-Gendarmerie. Halbenfeld ist vor ungefähr sechs Monaten nach Bulgarien berufen worden, um dort die Reform der Gendarmerie-Organisation durchzuführen.

Der kommunistische Umsturzplan.

Auch der König sollte beseitigt werden. Nach den bisherigen Mitteilungen der bulgarischen Polizeibehörden ist das Attentat von Seiten der Agrarkommunisten geplant und durchgeführt worden in der Absicht, in Bulgarien die Republik auszurufen. Darüber hinaus sollte das Attentat den Auftakt für den bolschewistischen Umsturz auf dem Balkan bilden. Der vorangegangene Mord an General Georgiew war der erste Teil des Programms der Attentäter, der die Gelegenheit dazu schaffen sollte, den König, sämtliche Regierungsmitglieder und die führenden politischen Persönlichkeiten am Tage der Befreiung des Ermordeten zu versammeln und ums Leben zu bringen.

Einberufung der Sobranje.

Die Verordnung über die Verhängung des Belagerungszustandes ist veröffentlicht worden. Es wurden bereits zahlreiche Verhaftungen und mehrere Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Sobranje ist für den 21. April einberufen, um der Verhängung des Belagerungszustandes zuzustimmen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 20. April 1925.

— Das Urteil im Escheprozess wird am 22. April verkündet.
— Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brodorski-Ranzau, ist in Berlin eingetroffen.

:: Der Reichswirtschaftsminister über den spanischen Handelsvertrag. Im Haushaltsausschuß des Reichstages äußerte sich der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus, er verkenne nicht, daß das deutsch-spanische Handelsabkommen, das dem Reichstage vorliege, und das nur ein vorläufiges Abkommen sei, mancherlei Mängel habe. Trotzdem sei die Regierung der Meinung, daß wir ein endgültiges Abkommen mit Spanien, das dann den Interessen der Ausfuhr und den Schutzinteressen des Binnenbaues genügend Rechnung tragen würde, am besten dadurch erreichen würden, daß das vorläufige Abkommen ratifiziert und alsbald in erneute Verhandlungen eingetreten würde.

:: Präsidentenwahl und Kreditfrage. Im Haushaltsausschuß des Reichstages fragte der deutsche Reichstagsabg. Hergt die Reichsregierung, ob die Nachricht zutrefte, daß amerikanische Kreditverhandlungen infolge der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland, die mit der Präsidentenwahl zusammenhängen, gefährdet bzw. abgebrochen worden seien. Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus erwiderte, daß der Rückgang der Kreditgewährung durch das Ausland seiner Meinung nach wesentlich durch die Erhöhung des Diskontsatzes in Amerika und England verursacht worden sei. Es sei ihm amtlich nicht bekannt, daß die politischen Verhältnisse in Deutschland einen ungünstigen Einfluß auf die Gestaltung des Kreditmarktes ausgeübt hätten. Reichsminister Dr. Stresemann ergänzte die Erklärung seines Ministerkollegen dahin, daß nach den vorliegenden amtlichen Mitteilungen von Rückbildungen von Auslandskrediten nichts berichtet worden sei. Unter den Berichten unserer Missionsschefs, die sich mit der Präsidentenwahl beschäftigen, sei nur eine einzige Antwort, die sich auf wirtschaftliche Dinge beziehe, die aus Washington komme und in der sich der Satz befände, daß infolge der Präsidentenwahl voraussichtlich damit zu rechnen sei, daß über den Verhandlungen der Wirtschaftskredite einige Zeit verfließe, weil man den Ausfall der Präsidentenwahl abwarte.